

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Oke, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Achtung! Sehr wichtig! Achtung!

Wir müssen immer wieder darauf aufmerksam machen, daß unsere Adresse

Düsseldorf 100, Tannenstraße 33

lautet.
Die Ortsgruppen werden dringend gebeten, Briefumschläge, Karten, Drucksachen und Geschäftspapiere, die noch die alte Adresse enthalten, mit der richtigen Adresse zu versehen. (Für die Arbeitslosenberichterstattung dürfen nur mehr die neuen Berichtskarten benutzt werden. Diese sind bereits sämtlichen Geschäftsstellen zur Uebermittlung an die Ortsgruppen zugegangen. Auf den neuen, jetzt nur mehr gültigen Berichtskarten ist die richtige Adresse der Verbandzentrale vorgebrückt.)

Dadurch, daß von manchen Ortsgruppen noch immer die Umschläge, Drucksachen usw. benutzt werden, treten große Verzögerungen und Störungen ein. Es ist darum unbedingt notwendig, die noch vorgebrückten alten Adressen auf Karten und Umschlägen entsprechend zu berichtigen.

50 Jahre Reichseinheit.

Darf der Deutsche in diesem Augenblicke, wo er ruhmlos aus seinem trübnissen Kriege geht, zu zwei übermütigen Kämpfern ihren Fuß auf seinen Nacken setzen und der Sieger sein Geschick bestimmen — darf er sich fühlen? Darf er sich seines Namens rühmen und freuen? Darf er sein Haupt erheben und mit Selbstgefühl auftreten in der Reihe der Nationen? Ja, er darf! Er geht unglücklich aus dem Kampf, aber das, was seinen Wert ausmacht, hat er nicht verloren.

Friedr. Schiller.

Ein Blick auf unsere fast unheilbar scheinenden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse muß jedem denkenden Menschen allen Leichtsinns nehmen. Das Feiern froher Feste wäre in einer solchen bitteren Zeit geradezu ein Verbrechen. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache wird darum das deutsche Volk den 18. Januar nur in schlichter und würdiger Weise feiern.

Am 18. Januar sind 50 Jahre vergangen, seitdem sich die deutschen Stämme zum Reich zusammengeschlossen haben. Dieser Tag ist unzweifelhaft ein nationaler Erinnerungstag von ganz besonderer Bedeutung. Wir haben als ein politisch geeintes Volk allen Grund, uns gerade an diesem Tage ins Gedächtnis zurückzurufen, daß von der Einigung der deutschen Stämme an erst der große Aufstieg des deutschen Volkes, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiete, datiert. Es bleibt für immer ein unsterbliches Verdienst Bismarcks, des ersten Deutschen Reiches Kanzler, daß er sich zum Lebenszweck gesetzt hatte, die verschiedenen deutschen Stämme zusammenzuführen und zu einem politisch geschlossenen Reich zusammenzuschließen. Die vielen deutschen Staaten konnten einzeln vor der erfolgten Reichsgründung nicht zu einer nennenswerten Bedeutung in der Welt gelangen. Die Zerrissenheit der deutschen Stämme hatte Deutschland vor mehr als 50 Jahren in einen Jammerzustand der Ohnmacht versetzt und es so seinen Nachbarn leicht gemacht, ihre Herrschaft in deutschen Landen aufzurichten. Durch den Zusammenschluß verschafften sich die deutschen Stämme aber unerwartet schnell einen ungemein großen Einfluß, Macht und Ansehen in der Welt. Vor der Gründung stand Deutschland noch im Zeichen nicht nur der politischen Kleinstaaterei, sondern auch wirtschaftlicher Verengung. Schlagbäume, Nachwächter mit Speiß und Stab und die politische Charakteristiken der Zeit vor der Gründung des Deutschen Reiches. Aber bald wurde es lebendig. Es brach eine unternehmungsfähige Zeit heran, und mit ihr kamen die Fabriken, zahlreichere und verbesserte Bergwerksbetriebe, die Ausdehnung der Eisenbahnen. Dörfer wurden zu Städten, Städte zu Großstädten. Und so war nicht zuletzt der große politische und wirtschaftliche Aufstieg des deutschen Volkes in den zurückliegenden 50 Jahren auch ein glanzvoller Sieg des Organisationsgedankens. Ohne die Zusammenfassung der vielen, einzeln verzelten Kräfte und Strömungen in deutschen Landen wäre unzweifelhaft das deutsche Volk noch recht lange im Weltgetriebe eine bloße Null geblieben. Das Bewußtsein seiner Einheit ist gottlob auch heute noch im deutschen Volke über alles Trennende der Meinungen hinaus lebendig.

Schon von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet war die Gründung des Deutschen Reiches vor nunmehr 50 Jahren eine große bedeutungsvolle Tat, die es verdient, besonders auch von der Arbeiterschaft als solche erkannt und gewürdigt zu werden. Es ist ganz fraglos, daß ohne den großen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands auch eine Besserung der sozialen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft in Frage gestellt worden wäre. Die deutsche Reichseinheit lag also auch ganz im Interesse der Arbeiterschaft. Niemals würde das deutsche Wirtschaftsleben sich zu dieser niegeahnten Höhe aufgeschwungen haben ohne ein einiges Deutsches Reich. Das war aber die notwendige Voraussetzung für die Bewertung der deutschen Arbeit in der ganzen Welt und somit indirekt auch für eine soziale Höherstellung der deutschen Arbeiterschaft. Nach Gründung des Reiches bekam schon bald die deutsche Arbeit in der Welt einen Klang und Namen wie noch nie zuvor. Deutsche Qualitätsarbeit konnte auf dem Weltmarkte die erste Stellung einnehmen und sich gegenüber Erzeugnissen außerdeutscher Länder behaupten. Die Sozialpolitik des Deutschen Reiches war vorbildlich geworden für alle anderen Staaten und Länder. Der gesetzliche Arbeiterschutz wurde entwickelt, die Arbeiterversicherung ausgebaut zum staunenswerten Bau der Reichsversicherungsordnung. Und das alles vollzog sich in einer Zeit unerhörter Krankenfaltung des deutschen Wirtschaftslebens. Wenn auch nicht alles, was wir an wirtschaftlicher Kraft, an Sicherheit und Wohlstand im Innern gewonnen haben, allen Teilen des deutschen Volkes in gleichem Maße zugute kam — das ist ja leider nicht gechehen —, es ist für alle, die sich gerührt haben und sich rühren konnten, doch besser geworden. Wir erkennen das unumwunden an. Wir wissen, was wir an unserem deutschen Vaterlande haben.

Darum sind auch insbesondere wir christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen bestrebt, die Reichseinheit zur vollen Durchbildung führen und alle in ihr schlummernden Kräfte zur Entfaltung bringen zu helfen. In dieser Hinsicht hat ja unser Essener Gewerkschaftskongress dem deutschen Volke den Weg gezeigt, den es gehen muß, wenn es wieder hochkommen will. Und wir christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen da vorangehen. Und mit dem Kongressredner, Kollegen Dr. Th. Brauer, wollen wir uns heute am Erinnerungstage der Gründung des Deutschen Reiches vor allem das eine geloben: „Wir wollen uns dem kleinen Jant und Haber verschließen, der unser Restchen Kraft auch noch verschlingt. Wo immer es positiv aufzubauen gilt — die christlich-nationale Arbeiterschaft wird zur Stelle sein!“ Wir sind in erster Linie berufen, die Pflege und Förderung des nationalen Gedankens in Deutschland zu sichern. Wir müssen als nationale Arbeiter die Hoffnung, welche die Nation auf uns zu setzen das Recht hat, um jeden Preis und unter allen Umständen auch voll und ganz rechtfertigen.

Man klagt zur Zeit soviel über Mangel an Gemein- und staatsbürgerlichem Bewußtsein. Es ist die größte Not unserer Zeit, daß weite Kreise des Volkes nicht einsehen wollen, daß es unser erstes und einziges Bestreben sein müßte, einmütig zusammenzutreten zur Abwehr der Not, zur Ueberwindung der Katastrophe, die uns bedroht und die uns alle vernichten wird, wenn sie hereinbricht. Es gibt — und das ist das tief bedauerliche — noch zu viele sogenannte Führer des Volkes, deren einzige Sorge auch heute noch die Erhaltung der Parteifarben ist, „Führer“, denen das Verschlagen der Parteitaktik mehr Kummer bereiten würde, als es die deutsche Not vermag. Diese modernen Egoisten, denen nur das Parteiwohl über alles geht, sind Feinde unseres Volkes und sind des deutschen Namens nicht würdig.

Nunwohl: Wir christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen wollen auch weiterhin wie bisher zu unserem Teile mit dazu beitragen helfen, daß Idealismus und Opfergeinnung, Gemeinschaftsgeist und Brüderliebe im Volke wieder wach werden. Den nationalen Gedanken wollen wir befruchten und damit dem Zusammenhalt neue Kraft geben. In unserer Bewegung muß sich auch in der Zukunft der nationale Idealismus der Tat auswirken. Wir sagen nicht mit den Sozialisten, „der Proletarier habe kein Vaterland“, nein, wir erklären mit allem Ernst und Nachdruck: Wir haben ein Vaterland, wir haben ein schönes, wenn auch nur armes Vaterland. Daß es wieder lebensfähiger, kräftiger und starker werde, ist unsere Hoffnung. Daß es so werde, liegt an uns, wie wir zu unserem Vaterlande stehen. Wir sind christlich-national. Wir müssen es sein, weil wir auf Gedeih und Verderb mit der Nation, mit dem Vaterlande verbunden sind. Darum wollen wir

in unserem Vaterlande schaffen und sterben. Und unser Vaterland ist da, wie Ernst Moritz Arndt einst sagte:

Wo dir Gottes Sonne zuerst schien, wo dir die Sterne des Himmels zuerst leuchteten, wo seine Blitze dir zuerst seine Allmacht offenbarten und seine Sturmwinde dir mit heiligem Schrecken durch die Seele brauseten, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.

Wo das erste Menschenauge sich liebend über deine Wiege neigte, wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf dem Schoße trug und dein Vater dir die Lehren der Weisheit ins Herz grub, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.

Und seien es kahle Felsen und öde Felsen, und wohnen Armut und Mitleid dort mit dir, du mußt das Land ewig liebhaben, denn du bist ein Mensch und sollst nicht vergessen, sondern behalten in deinem Herzen.

Von den verschiedenen Auffassungen über das Sozialisierungsproblem.

Ueber den Begriffsinhalt des Wortes Sozialisierung herrschen ungeheuer viel Unklarheiten und gewaltig viele Meinungsverschiedenheiten. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß selbst über Inhalt und Ziele des Sozialismus sogar bei den Anhängern desselben die Ansichten so stark auseinandergehen, wie man es in der sozialistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte beobachten konnte. Wie die Massen unter dem Sozialismus vielfach etwas ganz anderes verstanden als die sozialistischen Theoretiker, wie unter den letzteren sich reine Marxisten und Revisionisten gegenüberstanden, so ist es jetzt bei der Frage der Sozialisierung.

Hinsichtlich der praktischen Durchführung der Gemeinwirtschaft kann man heute im wesentlichen drei Richtungen unterscheiden. Die Kommunisten fassen die erstrebte Gemeinwirtschaft auf als Verwirklichung kommunistischer Ideale. Diese aber bestehen bekanntlich in der Abschaffung aller Privateigentums. Dem Worte Sozialisierung eine solche Ausdeutung geben, heißt aber nichts anderes, als von vornherein den ganzen Plan zur völligen Unfruchtbarkeit verdammen. Denn das Eigentum und die Möglichkeit solches zu erwerben, ist eben die Haupttriebfeder allen materiellen Fortschrittes. Nur daß der Eigentumsbegriff infolge einer unzulänglichen Rechtsordnung nicht dahin führen, daß die Eigentumsbildung zu einer Ausbeutung der Masse führt.

Die zweite Strömung in der Sozialdemokratie ist gekennzeichnet durch die Haltung derjenigen Unabhängigen, welche keine Kommunisten, aber radikale Sozialisten sind. Sie verlangen zwar nicht Abschaffung aller Privateigentums, wohl aber die sofortige Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Allgemeinheit, d. h. des Staates. Auch eine solche Auffassung von der Sozialisierung muß von jedem Einsichtigen von vornherein abgelehnt werden; denn ein solches Experiment müßte die ganze Wirtschaftsordnung zerstören und die Volkswirtschaft einfach in den Abgrund schleudern. Das Vorgehen der Radikalsozialisten in Rußland in der Frage der Sozialisierung hat gezeigt, daß eine solche Verstaatlichung aller Produktionsmittel nur enden kann im Massenelend. In Rußland hat man die Industrie fast zu Tode sozialisiert, und die Revolutionsmacht haben in den letzten Jahren mit Gewalt die rapid zurückgegangenen Leistungen zu steigern, führten zwangsweise das Akkord- und Prämienystem wieder ein, schafften den Achtstundentag ab und suchten durch Gewährung von Riefengehältern kaufmännische und technische Betriebsleiter, die man im ersten Sozialisierungsstadium nicht mehr glaubte notwendig zu haben, wieder heranzuziehen. Anstatt daß in Rußland die Sozialisierung die Massen in die Höhe hob, wurden sie in die Tiefe gerissen, und die ursprünglichen Besitzer der Produktionsmittel und Leiter des Produktionsprozesses verschwanden mit in der Masse. Der Erfolg war ein riesiges Durcheinander. So hat in Rußland jene Art Sozialisierung gewirkt, die jede private Initiative beseitigt, radikal alles umkrempelt und zuletzt nur einen großen Trümmerhaufen schafft.

Die dritte Strömung auf dem Gebiete des Sozialisierungsproblems rechnet schon etwas mehr mit der Wirklichkeit. Ihre Hauptvertreter befinden sich zum größten Teile in den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie. Aber diese dritte Strömung besitzt auch außerhalb des sozialistischen Lagers eine nicht unbedeutende Anhängerenschaft. Von einer Verstaatlichung

aller Produktionsmittel ist bei ihr nicht mehr die Rede. Ebenso lehnt sie gefährliche Experimente und Ueberführung ab. Nach ihr sollen nur solche Erwerbszweige und Betriebe in die Gemeinwirtschaft überführt werden, die dazu reif sind. Dabei ist die Art der Gemeinwirtschaft auch noch nicht endgültig und klar festgelegt. Es kann sich um direkte Staatsbetriebe handeln, indem der Staat die Produktion selbst in die Hand nimmt, es kann sich auch um eine Art Zwangs-Syndikat unter Führung des Staates handeln. Auch ist es denkbar, daß der Staat die Erzeugung in den Händen der Privaten läßt, aber die Abgaborganisation übernimmt. Endlich können Selbstverwaltungskörper gebildet werden. Wie aber im einzelnen die Frage der Sozialisierung geregelt werden mag, immer greift der Staat bestimmend und beherrschend in das betreffende Produktionsgebiet ein. Das Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit wird für den betreffenden Wirtschaftszweig einfach aufgehoben; an seine Stelle tritt der Zwang. Das ist bei aller Gemeinwirtschaft das Ausschlaggebende, mag sie eine Form annehmen, wie immer sie will. Technisch wird die Sache in den meisten Fällen auf eine Verstaatlichung des Handels oder der Produktion hinauslaufen.

Von den hier erörterten Auffassungen in der Sozialisierungsfrage ist diejenige eines Teiles der Mehrheitssozialisten und anderer außerhalb des sozialistischen Lagers stehenden Kreise wohl unstrittig die vorzichtige. Das hält nun aber dieselben mehrheitssozialistischen Kreise nicht ab — wie wir bereits in der vorigen Nummer dieser Zeitung erwähnten — aus parteiagitativen und aus wahlpolitischen Gründen, besonders vor den Wahlen, inbezug auf das Sozialisierungsproblem auch radikalere Töne anzuschlagen. Das geschieht in der Hauptsache nur mit Rücksicht auf die Konfession, die der Mehrheitssozialdemokratie durch die Unabhängig-Kabinalen und durch die Kommunisten bereit wird. Dann und aber auch jahrzehntelang von der Sozialdemokratie ganz besonders hinsichtlich des Sozialisierungsproblems Hoffnungen in den Arbeitermassen erweckt worden, die man niemals wird verwirklichen können. Was man immer und immer wieder dem Volke versprochen hat, kann man nicht halten. Es gibt unter den bedeutendsten Führern der Sozialdemokratie auch solche, die ehrlich genug sind, diese Erkenntnis ihren Anhängern zu vermitteln. So hat z. B. kürzlich noch Kautsky in der Wiener Arbeiterzeitung einen tapferen und schüchternen Versuch gemacht, der betrogenen Volksmasse langsam beizubringen, daß das ihnen seit 50 Jahren vorgegaukelte Zukunftsbild nur ein schöner Traum war und ist, der unerreichtbar sein und bleiben wird. Er schrieb nämlich u. a.:

„Der furchtbare Krieg mit den wahnwitzigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozess aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat. Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran, als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert.“

So hämmert auch in sozialistischen Kreisen immer mehr die Erkenntnis, daß für die Durchführung der Sozialisierung, gleichviel in welcher Form, immer und einzig und allein nur das Wohl des gesamten Volkes entscheidend sein muß. Wir christlichen Arbeiter können zum Sozialisierungsproblem in ganz unvoreingenommener Weise Stellung nehmen. Uns binden keine Versprechungen und uns beschweren auch keine unerfüllbaren Hoffnungen, die wir geweckt haben. Wir betrachten die Sozialisierungsfrage als Ganzes überhaupt von einem anderen Gesichtspunkt aus. Darüber sind im nachfolgenden Aufsatz einige Gedanken enthalten. Die Sozialisierungsfrage ist nicht zum kleinsten Teile auch eine Frage der Gesinnung. Der Berichterstatter über das Sozialisierungsproblem in unserer letzten Verbandsgeneralversammlung, Kollege Ditt, machte darüber in der Verbandsgeneralversammlung folgende treffende Ausführungen:

Wenn das sittliche Verantwortungsgefühl in der Wirtschaft nicht geschwächt wird, dann kommen wir doch nicht zum Ziel. Wir müssen zu einer Umwandlung der Gesinnung kommen, zu einer Vergesellschaftung des Menschen selbst. Das Erwerbsstreben muß auf die Bedarfsdeckung eingestellt werden und jeder — auch der größte und reichste Unternehmer — muß seine Arbeit so anstellen, daß sie im Interesse der Gesamtheit geleistet werden muß; daß die Arbeit Dienst an der Allgemeinheit ist. Das ist eine Forderung, die seit an der Spitze unserer christlichen Sozialanpassung gestanden hat und deren Verwirklichung Voraussetzung einer bezugsfähigen Sozialisierung ist.

Von unserer Stellung zur Sozialisierungsfrage.

Wenn heute so viel über die Sozialisierung geredet wird, so geschieht dies nicht immer aus lauderen Gründen. Sie hat das leidige Agitationsbedürfnis einer der Hauptquellen, aus denen das Böse in der Auseinandersetzung über die Sozialisierung so immer dahin plätschert: „Sozialisierung“, „Kollektalisierung“ oder sogar „So-

zialisierung“ — das sind Schlagwörter, mit denen überredende Agitatoren die Urteilslosen in den verderblichen Strudel des Kollektivismus zu ziehen und unser Volk um einen wirklichen sozialen Fortschritt zu betrügen suchen. „Sozialisierung“ ist aber auch das Schreckgespenst, mit dem die Extremen von rechts den friedlichen Bürger aufscheuchen und Beamte, Handwerker, Kaufleute zu einer arbeiterfeindlichen Politik aufstacheln möchten. Demnach müssen auch wir uns mit der Sozialisierungsfrage beschäftigen, und zwar nicht weil sie ein Schlagwort darstellt, sondern weil sie auch ein tiefstes Problem, eine Schicksalsfrage für unser Volk ist.

Wenn wir an das Sozialisierungsproblem herantreten, so tun wir gut, uns zunächst auf unsere allgemeinen Grundsätze zu besinnen und uns zu fragen: Welches ist überhaupt unser Wirtschaftsideal? Die Antwort darauf lautet kurz folgendermaßen: Wir wollen denjenigen Zustand des deutschen Wirtschaftslebens, der am meisten dem moralischen und seelischen Wohle unseres Volkes dient! Damit ist alles gesagt. Und um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir unsere Wirtschaftspolitik so einrichten, daß durch sie die gesamte Wirtschaft den Bedürfnissen der Allgemeinheit untertänig wird. Welche Maßnahmen aber im einzelnen die Bedürfnisse der Gesamtheit erfordern, muß von Fall zu Fall besonders geprüft werden. Erweisen sich aber Eingriffe irgendwelcher Art als notwendig, so treten wir mit aller Energie dafür ein, daß sie restlos durchgeführt werden. Das ist unser grundsätzlicher Standpunkt zur Frage der Sozialisierung.

Damit ist bereits ausgesprochen, daß wir es ablehnen, mit vorgefaßten Meinungen an die große Aufgabe der Gestaltung des Wirtschaftslebens heranzutreten. In der Tat sind wir weder Individualisten noch Sozialisten. Für uns ist es nichts weiter als eine leere Redensart, wenn jemand sagt: „Die freie Wirtschaft, das zügellose Sittensleben privater Interessen ist der wirtschaftliche Idealzustand“ und ebenso wenn jemand behauptet: „Das alleinige Gebot ist die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel“. Man mag uns deshalb prinzipiell scheitern. In Wirklichkeit aber haben gerade wir ein oberstes Prinzip: das Wohl der Gesamtheit. Jedoch machen wir es nicht mit rein gefühlsmäßigem einseitigem Auszugeln, das für alle wirtschaftlichen Verhältnisse passen soll. Die moderne Volkswirtschaft ist so vielgestaltig, daß es einfach unmöglich ist, sie über einen Keil zu schlagen zu wollen. Nur englische Feinartiker, deren Auffassung weder durch Sachkenntnis noch durch klaren Verstand beeinflusst ist, können sich einem solchen nebelhaften Phantombeschreiben. Nicht eine Schablone, sondern die Eigenart der jeweiligen Verhältnisse muß für die volkswirtschaftliche Organisation maßgebend sein.

Wenn aber Eingriffe vorgenommen werden, so darf dies nur nach reiflicher und gewissenhafter Abwägung aller in Betracht kommenden Momente geschehen. Zu Neuerungen darf ein vorsichtiger Mensch nur schreiten, wenn er der ethischen und festen Ueberzeugung ist, daß der neue Zustand eine Besserung bedeutet. Denn jede Neuerung ist mit Gefahren verbunden. Solange man nicht bestimmt zu wissen glaubt, daß das Neue wirklich besser ist, als das frühere, muß man beim Alten bleiben und einen Sprung ins Dunkle meiden. Der Sperring in der Hand ist eben besser als die Taube auf dem Dache.

Welches sind nun die Gründe, die unter diesem Gesichtspunkte für eine Sozialisierung vorgebracht werden können? Im wesentlichen sind es drei:

1. Staatliche Eingriffe in das gegenwärtige Wirtschaftsleben können wünschenswert sein, um die Volkswirtschaft produktiver zu gestalten, d. h. so zu gestalten, daß entweder mehr Güter erzeugt werden, oder daß die Güter billiger hergestellt werden, oder daß beide Verbesserungen eintreten.

2. Staatliche Eingriffe in das gegenwärtige Wirtschaftsleben können dadurch gerechtfertigt sein, daß sie eine gerechtere Verteilung des Gewinnes herbeiführen. Man will dafür Sorge tragen, daß nicht ein Einzelner oder eine Gruppe von Privaten Kupfer über großer Gewinne sind, sondern daß diese der Gesamtheit des Volkes zugute kommen.

3. Staatliche Eingriffe sind darum denkbar, weil man die Machtstellung einiger Kapitalisten brechen will. Gewisse Unternehmer haben tatsächlich einen wirtschaftlichen und dadurch einen politischen Einfluß von unerhörter Tragweite. Vor allem handelt es sich um solche Unternehmer, die über Monopolgüter oder monopolartige Betriebe verfügen. Ihr Einfluß ist oft so groß, daß sie fast einen Staat im Staate bilden. Das kann ein modernes demokratisches Staatswesen nicht dulden. Schon die Tatsache, daß ein solcher Einfluß besteht, und vor allem schon die bloße Möglichkeit, daß dieser Einfluß zum Nachteil der Volksgemeinschaft mißbraucht werden kann, vermag der Staat nicht zu ertragen.

Und wie denken wir uns die Durchführung der Sozialisierung? Aus dem Gesagten läßt sich folgern, daß wir auch hier keineswegs mit einem allgemein passenden oder auch nicht passenden Schema auswarten. Auch hier müssen sich die Maßnahmen durchaus den Besonderheiten des Einzelfalles anpassen. Daher unterstreichen wir vor allem, daß Sozialisierung nicht ohne weiteres Verstaatlichung bedeutet. Ja, das Gegenteil kann zutriften. Denken wir z. B. daran, daß es für das Gemeinwohl vorteilhaft sein kann, diese oder jene „Kriegsgesellschaft“ oder die „Kriegsbeschäftigten“ dieses oder jenes Artzels anzugehen. Das ist — streng genommen — auch eine Art der Sozialisierung, eine Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der restlosen Unterordnung unter die Bedürfnisse der Allgemeinheit. In der Hauptsache aber kommt neben der Verstaatlichung in Frage: Uebertragung wirtschaftlicher Aufgaben an Kommunen und an wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper, wie das in den beiden Vorstößen der

Sozialisierungskommission bezüglich des Kohlenbergbaues geplant ist.

Das ist in knappen Umrissen, so schreibt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften, dem wir diese Ausführungen entnehmen, unsere grundsätzliche Stellung zur Frage der Sozialisierung. Um es nochmals kurz zu sagen: wie bei aller Wirtschaftspolitik ist auch hier für uns entscheidend allein das Wohl der Gesamtheit des deutschen Volkes. Ohne die mindeste Rücksicht auf Theorien irgendwelcher Art muß geschehen, was dieses Wohl fördert, und muß unterlassen werden, was ihm schadet. Das offen auszusprechen, ist heute eine undankbare Sache, weil diese Erkenntnis zu den Agitationsphrasen von rechts und links im schroffsten Widerspruch steht. Aber jeder Mensch, der nurteilslos, sachverständig und gewissenhaft diese Dinge prüft, muß zu dem gleichen Urteil kommen, und er sollte den Mut haben, es offen auszusprechen.

Etwas von der Wichtigkeit der Statistik.

Sieft in allen Kulturstaaten bestehen heute statistische Ämter und Büros, die, ihrem Zwecke gemäß, zahlenmäßige Feststellungen machen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Unter dem Begriff und Wesen einer Statistik versteht man Aufzeichnungen über Zustände im öffentlichen, geschäftlichen und privaten Leben. So gibt es Statistiken über Geburten, Todesfälle, Unfälle, Statistiken über die Baurücklage, über Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise, Tarifstatistik usw.

Die Statistik, so wie wir sie heute haben, hat sich erst in den letzten Jahrzehnten zu ihrer heutigen Bedeutung entwickelt und ist auf den Gebieten der Volkswirtschaft, Sozial-, Gesundheits-, Finanzlehre und für die Handelswirtschaft ein unentbehrliches Hilfsmittel geworden. Ihre Bedeutung für Volk und Wirtschaft kann heute nicht genügend hervorgehoben werden.

In Deutschland bestand vor und während des Krieges das Kaiserlich Statistische Amt, das seit dem Jahre 1872 statistische Bearbeitungen auf folgenden wichtigen Gebieten vorgenommen hat: Volkszählungen, Berufszählungen, Bodenbenutzung, Viehzählungen, Getreidepreise, Produktion der Bergwerke, Salinen und Hütten, Erhebungen über die Verhältnisse im Handwerk, für den Handel, die Nachweisung über Ein- und Ausfuhr aller Warenkategorien.

Für uns als Arbeiter kommt wohl am meisten die Abteilung für Arbeiterstatistik in Betracht. Die Entwicklung unserer Industrie und das dadurch hervorgerufene ungeheure Anwachsen des Lohnarbeiterstandes hat es schon im Jahre 1885 mit sich gebracht, daß man den statistischen Bedürfnissen unseres Standes Rechnung trug. Seit 1885 berichtete das Kaiserlich Statistische Amt über Krankenversicherung der Arbeiter, seit 1899 erschienen ebenfalls Berichte über den Stand und die Lage des Arbeitsmarktes, Statistiken über Streiks und Aussperrungen und seit 1903 Nachweisungen über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden. Letzgenannte Nachweisungen dürften für uns von Interesse sein.

Das Reichsarbeitsblatt, das allmonatlich die Statistiken veröffentlicht, will die Öffentlichkeit fortlaufend über die Lage des Arbeitsmarktes und den Beschäftigungsgrad in den wichtigsten Gewerben, über den Stand der Erwerbslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung einzuschlagenden Maßnahmen, über die Entwicklung des Verbands- und Tarifwesens, über den Umfang der Arbeitskämpfe und über die Ergebnisse der Lohn- und Lebenshaltungsstatistik, unterrichten.

Wir sehen also die Bedeutung der Statistik gerade für unseren Stand. Als gleichberechtigte Glieder in Wirtschaft und Gesellschaft ist es darum auch eine unserer Aufgaben, die Statistik zu pflegen. Glauben wir nicht, daß die Lage unseres Standes ohne Statistiken der Regierung und anderen Volkswirtschaften zugänglich gemacht werden könne.

Scharf tritt uns die Bedeutung der Statistik bei der zur Zeit akuten Frage der Arbeitslosigkeit vor Augen. Sehr zu begrüßen ist die Sorgfalt, mit der das Reichsamt für Arbeitsvermittlung die Frage bearbeitet. Die Wirtschaftskrisen mit ihren für die Arbeiterschaft bitteren und unangenehmen Begleiterscheinungen, verlangen gebieterisch erhöhte Schutz für die von der Krise Betroffenen. Die vergangenen Monate und auch die jetzige Zeit noch, reden eine deutliche Sprache. Die Arbeitslosenstatistik soll erstens einmal den Gradmesser der Arbeitslosigkeit bilden, dann aber auch die Unterlage abgeben dafür, welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen werden können. Mit Hilfe der Statistik werden die Wege gefunden, die zur Linderung der Arbeitslosennot und zur wirtschaftlichen Sicherstellung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen gegangen werden können. Das Fehlen einer solchen Statistik hat sich in vergangenen Jahren bitter bemerkbar gemacht und nicht zuletzt ist die heutige noch nicht musterhafte Arbeitslosenfürsorge auf die noch nicht vollkommene Arbeitslosenstatistik zurückzuführen. In unserem ureigensten Interesse liegt also die Pflege der Statistik. Jeder Gewerkschaftler muß es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, diese Lücke, die heute noch darin besteht, daß viele unserer Kollegen die Statistik als etwas von untergeordneter Bedeutung behandeln, auszumerzen.

Das Material zur Arbeitslosenstatistik liefern dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung die deutschen Fachverbände. Auch unser Verband hat sich seit April 1909 dieser Berichterstattung angeschlossen. Leider konnte die Berichterstattung während des Krieges nicht aufrecht erhalten werden. Nach Klärung der Verhältnisse sind im Januar vorigen Jahres die statistischen Feststellungen

Aber den Stand der Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Verbandes wieder aufgenommen worden. Allerdings wird die Arbeit vielfach erschwert durch das mangelhafte Ausfüllen der Nachweisungen und das unregelmäßige Einsenden an unsere Hauptgeschäftsstelle. Daher noch folgendes zur Aufklärung. Jede Ortsgruppe muß am ersten eines jeden Monats eine Nachweisung ausgefüllt und frankiert an unsere Zentralstelle in Düsseldorf, Tannenstraße 33, einenden. Die Nachweisungen müssen auch dann eingesandt werden, wenn keine Arbeitslosen in der Ortsgruppe gemeldet sind, weil die Mitgliederzahl unseres Verbandes für jeden Monat angegeben werden muß. Für die beiden ersten Monate eines jeden Vierteljahres müssen graue Nachweisungen ausgefüllt werden, dagegen für die Schlussmonate der Vierteljahre, also für März, Juni, September und Dezember gelbe Nachweisungen. Die Nachweisungen liefert die Zentrale kostenfrei.

Mit obigen Darlegungen ist uns der Wert und die Notwendigkeit der Statistik wohl klarer geworden. Betrachten wir die Statistik in Zukunft als ein wichtiges Hilfsmittel, um unseren gewerkschaftlichen Zielen näherzukommen. Auch hier kann der richtige Gewerkschaftler einen Teil seines Tätigkeitsfeldes finden. Darum, auf an die Arbeit und unser Verband wird bald nicht mehr hinter anderen Verbänden zurückbleiben, sondern eine vollkommene Statistik aufzuweisen haben, zum Besten unserer Textilarbeiterchaft. K. D.

Ein Allgemeiner deutscher Krankenkassentag

fand am 2. Dezember in Berlin im Lehrervereinshaus statt. Die Vertreter der Krankenkassenverbände aller Art, die an 15 Millionen Versicherte in sich vereinigen, waren zahlreich erschienen. Dem einleitenden Referat des Geschäftsführers Helmut Lehmann, Dresden, über die Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung folgte eine umfangreiche Aussprache, an der sich namentlich die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenvereine sowie die Kassenvertreter in zustimmendem Sinne beteiligten. Sodann folgte der Kongreß folgende Entschlüsse:

„Der schon Jahrzehnte währende, in den schroffsten Formen geführte Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen hat in dem im Mai 1920 unter Vertragsbruch eingeleiteten allgemeinen Streik der Ärzte seinen Höhepunkt erreicht. Dieser Kampf schädigt die Volksgesundheit und die Krankenfürsorge auf's schwerste, insbesondere hindert er die allgemeine Einführung der freien ärztlichen Behandlung der versicherungsfreien Familienangehörigen.“

Die wiederholten Versuche der Kassenverbände, durch zentrale Vereinbarungen den Frieden oder wenigstens ein erträgliches Verhältnis mit den Ärzten herzustellen, müssen als endgültig gescheitert angesehen werden. Der Ärztenverband ist nicht vertragsfähig, weil die ihm angebotenen Ärztevereinigungen vielfach die Befolgung verweigern. Dertlich erkennen die Ärzte von den Vereinbarungen häufig nur das als bindend an, was für sie günstig ist. Auch der Ärztenverband hält sich nicht an Vereinbarungen oder gibt ihnen eine Auslegung, die mit ihrem Wortlaut und ihrem klaren Sinn nicht zu vereinigen ist. Nach jeder unter den schwierigsten Verhandlungen und unter Drohungen der Ärzte zustande gekommenen Vereinbarung entstehen den Krankenkassen neue Schwierigkeiten, neue Kämpfe, so daß sie nicht zur Ruhe kommen.

Der Kernpunkt der Arztfrage liegt in der ungleichen Behandlung der Kassen und Ärzte durch das Gesetz. Es legt zwar den Kassen die Verpflichtung auf, ihren Mitgliedern ärztliche Behandlung zu gewähren, setzt sie aber keineswegs in den Stand, diese Leistung auch zu angemessenen Bedingungen zu erlangen. Das Gesetz gibt den Ärzten ein Monopol auf ärztliche Behandlung der Versicherten, überläßt es jedoch dem Ermessen der Ärzte, ob und unter welchen Bedingungen sie für die Kasse tätig sein wollen. Diese Monopolstellung wird von den Ärzten in rücksichtsloser Weise ausgenutzt.

Die heute versammelten Vertreter aller Kassenarten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung, fordern daher nachdrücklichsten Schutz der Kassen durch die Gesetzgebung nach folgenden Grundfäden:

1. Die Vorzugstellung der Ärzte muß beseitigt werden. Sobald bei den Kassen die ärztliche Versorgung gefährdet ist, müssen die Kassen ohne weiteres berechtigt sein, an Stelle der ärztlichen Behandlung eine Vorleistung zu gewähren. In Verbindung hiermit ist der § 80 der Reichsgewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Ärzte, wenn sie die Behandlung übernehmen, verpflichtet sind, Versicherte zu den Mindestfäden der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte zu behandeln.
2. Zur Verbesserung der Krankenbehandlung muß den Krankenkassen insbesondere die Errichtung von ärztlich geleiteten Behandlungsstellen (Ambulatorien u. dgl.) erleichtert werden.
3. Die Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit muß nach dem Grundsatz der Bedarfsdeckung geregelt werden. Die Kassen dürfen nicht aus Rücksicht auf ärztliche Erwerbs- und Berufsinteressen gezwungen werden, mehr Ärzte zuzulassen, als zur guten Behandlung der Kranken erforderlich sind. Durch die von dem Ärztenverband geforderte schrankenlose Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit wird der ungesunde Zudrang zum Arztberuf nur gefördert.
4. Zur Förderung eines geordneten Zusammenwirkens sind Schiedsausschüsse bei den Versicherungsämtern, Schiedsämter bei den Oberversicherungsämtern und ein Zentralschiedsamt beim Reichsarbeitsministerium zu errichten.

Die gelbliche Lage der Kassen ist infolge der gewaltigen Verteuerung aller Fortschreitungen bedrohlich. Da aber die Höhe der Kassenausgaben von den Ärzten ausschlaggebend beeinflusst wird, richtet der Allgemeine deutsche Krankenkassentag an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, die Arztfrage unverzüglich auf obiger Grundlage zu ordnen.

Allgemeine Rundschau.

Freie Arbeiterunion und Bergarbeiterverband zur Bergbau-Sozialisierung.

Der „Syndikalist“, das Organ der „Freien Arbeiterunion“, der bekanntlich die alten Gewerkschaften leidenschaftlich bekämpft, urteilt über die Führer, die jetzt so eifrig für die Sozialisierung des Bergbaues eintreten, obwohl sie sie vor einem halben Jahre noch für unmöglich hielten, wie folgt: „Sie suchen die gesicherte Futtertrappe; sie denken an die eigene Sicherstellung und kümmern sich nicht um den Wohlstand der Massen.“ Die Vorschläge von Werner (Steigerverband) und Ledebor laufen bekanntlich im Endeffekt auf die Schaffung zahlreicher neuer Verwaltungsposten heraus, die dem Bergbau gewaltige, völlig unproduktive Millionenausgaben auferlegen, die natürlich entweder zur weiteren Kohlenverteuerung oder zur Herabsetzung der Arbeiterlöhne führen müssen. Ganz richtig bemerkt der „Syndikalist“ weiter: „Sozialisierung eines einzelnen Berufszweiges ist ein Unding; der Versuch bedeutet in der Wirkung: Vermehrung der Ausbeutung, vermehrte Arbeitszeit, Vermehrung der Beamten und Zwischenparasiten.“ Das sind Binsenwahrheiten die aber der alte Bergarbeiterverband verleugnet. Er verlangt die Sozialisierung des Bergbaues, als ob dieser ein von allen Wirtschaftskörpern losgelöstes Ding sei. Er will (nicht seine Mitglieder, wohl aber seine Führer) ein neues großes Beamtentum schaffen mit gut besoldeten Stellen für „Zwischenparasiten“, wie der Syndikalist treffend sagte. Die Bergarbeiter aber wollen nicht noch mehr Beamte, sondern mehr Brot; sie wollen für die Gesamtheit arbeiten nicht für ein neues Bürokratenregiment. Sie haben daher ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Scheiter nach überstürzter Sozialisierung mit dem Endziel möglichst viel „Führer“ an die gesicherte Futtertrappe zu bringen.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Die Zuständigkeit des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses

wird in einem Bescheide des Reichsarbeitsministeriums näher umschrieben. Danach ist der Vorsitzende nicht berechtigt, die bei dem Schlichtungsausschuss anhängig gemachten Streitigkeiten von sich aus wegen Unzuständigkeit abzuweisen. Wenn auch die Schlichtungsausschüsse gesetzlich lediglich für die Schlichtung von Gesamtschlichtungen zuständig sind, so erscheint es doch unzulässig, daß Vorsitzende von Schlichtungsausschüssen die Unberaumung eines Termins vor der Kammer des Schlichtungsausschusses mit der Begründung ablehnen, daß die Anrufung in einer Einzelstreitigkeit erfolgt sei; die Zuständigkeit zur Schlichtung einer Streitigkeit bei der Anrufung liegt vielmehr nur bei der Kammer des Schlichtungsausschusses. Unbeschadet dieser gesetzlichen Verpflichtung steht dem Vorsitzenden das Recht zu, in Fällen, in denen eine offenkundige Unzuständigkeit des Schlichtungsausschusses vorliegt, den Antragsteller darauf aufmerksam zu machen und ihn zu veranlassen, sich sofort an die in Betracht kommende Stelle zu wenden.

Aus unserer Industrie.

Textilindustrie und Textilhandel in Deutschland

zeigten im Monat Dezember gegenüber der zweiten Hälfte des Vormonats keine wesentlichen Veränderungen. Die Nachfrage des Inlandes nach Textilzeugnissen blieb befriedigend, dagegen ließ die Nachfrage des Auslandes infolge der internationalen Handelskrisis weiter sehr zu wünschen übrig. Die Preise für die Erzeugnisse der Textilindustrie wiesen vorwiegend eine weichen Richtung auf. Die textilen Rohstoffe und Garne standen bis auf Nachs reichlich und zu billigeren Preisen zur Verfügung. Die Notierungen für Baumwolle in Amerika näherten sich denjenigen um die gleiche Zeit des Jahres 1918. Auch die Wollpreise fielen weiter. Seide schwankte hin und her. Der ungünstige Stand der deutschen Valuta verhinderte aber eine günstige Ausnutzung der Kaufgelegenheiten. Der Kohlenmangel verhärtete sich und die Klagen über unzureichende Transportmittel hielten an. Infolge der noch reichlich vorliegenden Aufträge waren neue oft nur mit Lieferfristen von mehreren Monaten unterzubringen. In den meisten Zweigen der Textilindustrie war daher eine Zunahme der Beschäftigung zu beobachten, wodurch die Zahl der Arbeitslosen weiter zurückging. Die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestalteten sich im ganzen zufriedenstellend. Die Löhne bewegten sich noch immer in steigender Richtung. Wie auch in anderen Jahren, befaßten sich Textilindustrie und Großhandel im Dezember in bedeutendem Umfange schon mit dem Frühjahr- und Sommergeschäft, während für den Einzelhandel das Weihnachtsgeschäft, das sich durchweg befriedigend anlieht, den Höhepunkt für den Absatz im Winterfaden bildete.

Ueber den Wirtschaftsmarkt der deutschen Textilindustrie

äußert sich in einem Aufsatz für den „Dry Goods Economist“ der angehene Finanzpolitiker und Vizepräsident der Guaranty Trust Company, New-York, Francis S. Bijson, in folgender bemerkenswerten Weise u. a.:

In Deutschland waren im August 30 Prozent der Baumwollmaschinen in Tätigkeit. Seit Verlust des Elsaß sind noch 9 1/2 Millionen Spindeln im Lande. Ein Sechstel ging verloren. Ganz abgesehen von der Valuta-Kalamität ist der Mangel an Kohle und Rohstoffen am einschneidendsten. Wo Wasserkraft benutzbar war, konnten 80 Prozent der Spindeln in Tätigkeit bleiben, wo Kohle fehlt, nur 10—20 Prozent. Ein Trost ist der eheichste Wunsch der Arbeiterschaft, zu arbeiten, wo es Arbeit gibt. Der Handel in Rohbaumwolle ist wieder lebhaft in Deutschland, obgleich Versuche, Baumwolle über holländische Häfen zu importieren, fehlgeschlagen haben sollen. Bremen kann soviel Baumwolle einführen, wie Deutschland braucht und bezahlen kann. Die deutsche Wollindustrie kann noch geraume Zeit aus den Beständen liefern, die aus der Kriegsorganisation übrig sind. Die Industrie zeigt sich auf dem Weltmarkt sehr zurückhaltend. Die sächsischen Textilverbände veröffentlichten die folgenden Ziffern:

1913 gab es 8277 Textilfabriken; 1915: 7500, 1918: 7363, 1919: 7350. Im Jahre 1919 feierten von 7350 Fabriken 4000, besonders kleine Stützfabriken. Die Zahl der Arbeiter verminderte sich von 275 298 im Jahre 1913 auf 117 224 im Jahre 1918 und hob sich wieder im Jahre 1919 auf 154 000. An Löhnen wurden gezahlt: 99 Millionen Mark im Jahre 1916, 112 Millionen im Jahre 1917, 130 Millionen im Jahre 1918 und 324 Millionen im Jahre 1919.

Aus unserer Bewegung.

Von unserer Arbeiterinnenbewegung.

Beim Jahreswechsel pflegt man noch einen Blick zu tun in die vergangene Lage, ehe man sich hoffnungsfroh den kommenden Tagen zuwendet. Vieles mag wohl hinter uns liegen, das unsere Erinnerung trübt, aber auch vieler Stunden werden wir mit dankbarem und frohem Herzen gedenken können. So ist es wohl im Leben eines jeden Einzelnen von uns, so ist es auch in unserer Bewegung. Und innerhalb unseres Verbandes ist es unsere Arbeiterinnenbewegung, auf die alle Kolleginnen einmal zurückblicken müßten. Wie die Kolleginnen, wie deren Arbeit innerhalb einer jeden Ortsgruppe war, wissen wohl alle. Wie die dritte Regsamkeit, das Interesse, der gute Wille, die opferwillige Tat war — ich hätte alles das zusammengefaßt, gerne Euch dargelegt. Aber es war unmöglich, da wir leider noch viel zu wenig von den Kolleginnen selbst erfahren. Das es im neuen Jahre anders und besser werde, sei Wunsch und Bitte.

So weit ich von hier aus übersehen kann, ist trotz allem unsere Arbeiterinnenbewegung in bedeutendem Maße gewachsen und auch eine andere geworden. Viel Leben ist in manchen Ortsgruppen erwacht und dies ist wohl, so darf man ruhig sagen, auf eine intensive Tätigkeit der

Arbeiterinnenkommissionen

zurückzuführen. Es ist eine Herzensfreude, dies feststellen zu können, denn es ist augenscheinlich, wie dort, wo man mit einer Arbeiterinnenkommission schafft, Interesse, Regsamkeit und Mitarbeit wachsen. Nicht allein in gewerkschaftlicher Arbeit, auch in Allgemeinbildung, in Einrichtungen von Haushaltungskursen, in der Beteiligung an Volkshochschulkursen, örtlich bestehenden Fortbildungsschulen usw.

Auch unsere Zahl ist gewachsen. Am 1. November 1919 als an der Zentralstelle ein Arbeiterinnensekretariat eingerichtet wurde, betrug

die Zahl der Kolleginnen 60880.

Am 1. Oktober 1920 bereits 84165. Die Sekretärin nahm in diesem Jahre an 75 Versammlungen und Konferenzen teil. Diese, sowie die übrige Arbeit im Dienste unserer Kolleginnen konnte nur ein Wassertropfen auf den heißen Stein der großen Arbeit sein. Und wir waren uns klar, daß die so notwendige

Meinarbeit

unter unseren Kolleginnen nur geleistet werden konnte von Kolleginnen selbst, die, zum wenigsten in den Bezirken mit größeren Arbeiterinnenscharen, freigestellt, sich in die Verhältnisse dieser Bezirke einleben und daraus Tätigkeit und Aufgaben finden sollten. So ist im Laufe des vergangenen Jahres gedacht und auch gehandelt worden. Und heute, beim Eintritt in das Jahr 1921 stehen bereits

sechs freigestellte Kolleginnen

im Dienste der Arbeiterinnenbewegung unseres Verbandes und zwar sind dies im Bezirk Aachen Kollegin Herber, Pontstr. 56; Bezirk M. Gladbach Kollegin Anna Hörlens, Königsplatz 2; Bezirk Erfeld Kollegin Anna Kappels, Weststr. 35; Bezirk Harmen Kollegin Grete Pappenheim, Cleverstr. 49; Bezirk Bocholt (resp. Wälderland) Kollegin Hedwig Köhnen, Nordstr. 52; Zentrale Kollegin E. Hölzgens, Düsseldorf, Tannenstr. 33.

Wenn man einen Rückblick hält, steht man auch vor neuen Dingen. Und so tritt jetzt ein neues Jahr an uns heran. Wir stehen vor ungelösten Rätseln. Wie dem auch sei: Das neue Jahr wollen wir auch mit neuem Mut beginnen. Alles Sagen und Säubern wollen wir zurücklassen.

Alle Hände ans Werk!

Schaffen ist Leben und Leben ist Sieg! Wir wollen neben unseren Kollegen stehen in gleicher treuer Gewerkschaft.

schafftsarbeit, denn unsere Pflichten stehen gleich. Mitarbeit, opferwillige Hingabe an unsere gute und gerechte Sache...

Berichte aus den Ortsgruppen.

Greifeld. "Wie die Christen arbeiten!" Unter dieser Überschrift brachte die "Niederrheinische Volkstribüne" in Nr. 343 vom 27. Dez. 1920 einen angeblich aus Textilarbeiterkreisen geschriebenen Artikel...

Wir wollen die grundsätzliche Frage, ob einer Familienzulage die Berechtigung zugelassen werden kann, nicht untersuchen; man könnte bei Tariflöhnen, die die Existenzfähigkeit der Arbeiterschaft sichern...

Grundsätzlich also nimmt der Schreiber zur Frage der Familienzulage keine Stellung. Nach unserem Dafürhalten wird diese Stellungnahme auch noch recht lange auf sich warten lassen. Hier dürfte der immer weiter um sich greifende Radikalismus im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager mitbestimmend sein...

Das aber Lohnkommission und Verbandsleitung sich darüber klar waren, ihre an den Arbeitgeberverband gestellte Forderung nicht erfüllt zu bekommen, geht aus einem an den Arbeitgeberverband gerichteten Schreiben vom 21. 11. 20...

Dann heißt es: "Das die angebotene Erhöhung des Stundenlohnes von 3,50 M auf 4,- M mit Rücksicht auf die momentan schlechte Lage der Branche, einen Fortschritt für die Arbeiter bedeute, der aber nur dann für die Arbeiterschaft eine wirkliche Verbesserung darstelle, wenn gleichzeitig auch die Kopplulage um mindestens denselben Betrag erhöht würde..."

Diese Antwort an den Arbeitgeberverband war das Resultat einer Sitzung der Lohnkommission und der Verbandsleiter und gingen hier die Beteiligten von ihren ursprünglichen Forderungen wesentlich ab. Sie waren mit einer Erhöhung des Stundenlohnes von 3,50 M auf 4,- M einverstanden...

Fragen, über die die Geister in den Reihen des Schreibeis in der "Volkstribüne" wegen der oben angeführten Gründe sich nicht einig werden können, im Interesse und zum Nutzen der Arbeiterschaft seine eigenen Wege geht. Diese waren für den christlichen Textilarbeiterverband auch bei der Bemerkung der von dem Arbeitgeberverband der Samtindustrie vorgeschlagenen Kinderzulage maßgebend...

Dillfen. Lorenz Lomis. Am 24. Dezember 1920 entließ sich längerem Leiden im hohen Alter von 84 Jahren unser treues Mitglied Lorenz Lomis. Er war Mitgründer und erster Vorsitzender unserer Ortsgruppe...

Greiz (Bogtland). Vor brechend vollen Sälen konnte unsere Ortsgruppe am 28. Dezember ihre Weihnachtfeier abhalten. Bereits eine Stunde vor Beginn füllten sich Grimm's große Säle, sobald bei Beginn der Feier gegen 700 Mitglieder anwesend waren...

Heubach D./M. Gmünd (Württemberg). "Wer nicht hören will, muß fühlen!" Dieses alte, ewig wahre Sprichwort mag sich die Firma Viehshofer u. Braun, Konjunkturfabrik in Heubach D./M. Gmünd (Württemberg), recht einbringlich zu Gemüte führen...

Nach all dem Vorgefallenen ist es erklärlich, daß die Kollegin keine Lust mehr verspürte, in dem Betriebe zu arbeiten und eine Selbstschädigung vorzog.

Für derartige Fälle sind die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen noch gar nicht scharf genug, da sie von einzelnen Arbeitgebern, denen es "auf einige Lawend Mark nicht ankommt", einfach bewußt übertreten werden...

Es wird gut sein, wenn allüberall derartigen bewußten Gesetzesübertretungen das größte Augenmerk zugewendet wird, damit das Betriebsratsgesetz in dieser Hinsicht den nötigen Ausbau erfahren kann.

Der Heubacher Konjunkturfabrikant aber ruhen wir zu halten soll an eurer Organisation, die in jeder Lage für euch eintritt! Eure Arbeitgeber werden es sich in Zukunft zehnmal überlegen, ehe sie wieder eine Gewerkschaftlerin auf's Pflaster werfen...

Hüdeswagen. Kommunifische Versammlungspraktiken. Am 21. Dezember hatten die christlichen Gewerkschaften im Lokale Händeler eine Volksversammlung einberufen. Diefelbe war sehr gut besucht. Der Redner, Zentralvorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes Otte-Diffeldorf...

Oberbruch (Kreis Heinsberg). Ein beachtenswerter gewerkschaftlicher Erfolg für die Arbeiterinnen der Baumwollspinnerei hier selbst ist wiederum ein ganz...

schöner gewerkschaftlicher Erfolg zu verzeichnen. Durch unsere letzte Lohnbewegung ist den Kolleginnen neben anderer Vorteilen auch eine entsprechende Lohnerhöhung und zugleich eine Nachzahlung der Zuschläge vom 29. Oktober ab bis zum 24. Dezember 1920 zugebilligt worden...

Wegberg. Zu einer imposanten Kundgebung christlichen Gewerkschaftsgeistes gestaltete sich unter am 19. Dez. gehaltenes Familienfest. Konnte doch der große Winterrische Saal kaum die Kollegen und Kolleginnen fassen, die unserem Rufe gefolgt waren...

Versammlungskalender.

- Dillfen. 23. Januar, morgens 10 Uhr im Lokale Uemmelers Generalversammlung. Greiz (Bgt.). 30. Januar, 4 Uhr, im "Felsenkeller", Jahreshauptversammlung. Dillfen. 22. Januar, 7 Uhr, im Lokale von Joseph Spinnen, Jahresversammlung. Reichensbach-Wylau-Neckschau (Sach.). 28. Januar, 8 Uhr, im "Gasthaus Wattiner Hof" in Wylau, Jahreshauptversammlung. Rheydt. 23. Januar, 11 Uhr, im kleinen Saale des Bahnhofhotels, außerordentliche Generalversammlung. St. Lömbs. 23. Januar, morgens 10 1/2 Uhr bei Kneuenmann Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: 50 Jahre Reichseinheit. - Von den heridhienenen Kuffen über das Sozialisierungsproblem. - Von unserer Stellung zur Sozialisierungsfrage. - Etwas von der Wichtigkeit der Statistik. - Ein Allgemeiner deutscher Krankenkassentag. - Allgemeine Kundschau: Freie Arbeiterunion und Bergarbeiterverband zur Bergbau-Sozialisierung. - Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Die Zuständigkeit des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses. - Aus unserer Industrie: Textilindustrie und Textilhandel in Deutschland. - Ueber den Wirtschaftsmarkt der deutschen Textilindustrie. - Aus unserer Bewegung: Von unserer Arbeiterinnenbewegung. - Berichte aus den Ortsgruppen: Greifeld. - Dillfen. - Greiz (Bogtland). - Heubach D./M. Gmünd (Württemberg). - Hüdeswagen. - Oberbruch (Kreis Heinsberg). - Wegberg. - Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Dillfeldorf 100, Lannenstr. 33.